

Änderungsvorschlag für den OPS 2017

Bearbeitungshinweise

1. Bitte füllen Sie für inhaltlich nicht zusammenhängende Änderungsvorschläge jeweils ein eigenes Formular aus.
2. Füllen Sie dieses Formular elektronisch aus. Die Formulardaten werden elektronisch weiterverarbeitet, so dass nur **strukturell unveränderte digitale** Kopien im DOCX-Format angenommen werden.
3. Vergeben Sie einen Dateinamen gemäß unten stehendem Beispiel; verwenden Sie Kleinschrift ohne Umlaute und ß, ohne Leer- oder Sonderzeichen und ohne Unterstrich:
ops2017-kurzbezeichnungdesinhalts-namedesverantwortlichen.docx
kurzbezeichnungdesinhalts sollte nicht länger als 25 Zeichen sein
namedesverantwortlichen sollte dem unter 1. (Feld 'Name' s.u.) genannten Namen entsprechen
Beispiel: ops2017-komplexxkodefruehreha-mustermann.docx
4. Senden Sie Ihren Vorschlag ggf. zusammen mit Stellungnahmen der Fachverbände unter einem prägnanten Betreff als E-Mail-Anhang bis zum **29. Februar 2016** an **vorschlagsverfahren@dimdi.de**.
5. Der fristgerechte Eingang wird Ihnen per E-Mail bestätigt. Heben Sie diese **Eingangsbestätigung** bitte als Nachweis auf. Sollten Sie keine Eingangsbestätigung erhalten haben, wenden Sie sich umgehend an das Helpdesk Klassifikationen (0221 4724-524, klassi@dimdi.de).

Hinweise zum Vorschlagsverfahren

Änderungsvorschläge sollen **primär durch die inhaltlich zuständigen Fachverbände** eingebracht werden. Dies dient der fachlichen Beurteilung und Bündelung der Vorschläge, erleichtert die Identifikation relevanter Vorschläge und trägt so zur Beschleunigung der Bearbeitung bei.

Vorschläge, die die externe Qualitätssicherung betreffen, sollten mit der dafür zuständigen Organisation abgestimmt werden.

Einzelpersonen werden gebeten, ihre Vorschläge vorab mit allen für den Vorschlag relevanten Fachverbänden (Fachgesellschaften www.awmf-online.de, Verbände des Gesundheitswesens) abzustimmen. Für Vorschläge, die nicht mit den inhaltlich zuständigen Organisationen abgestimmt sind, leitet das DIMDI diesen Abstimmungsprozess ein. Kann die Abstimmung nicht während des laufenden Vorschlagsverfahrens abgeschlossen werden, so kann der Vorschlag nicht umgesetzt werden.

Der Einsender stimmt zu, dass das DIMDI den eingereichten Vorschlag komplett oder in Teilen verwendet. Dies schließt notwendige inhaltliche oder sprachliche Änderungen ein. Im Hinblick auf die unter Verwendung des Vorschlags entstandene Version der Klassifikation stimmt der Einsender außerdem deren Bearbeitung im Rahmen der Weiterentwicklung des OPS zu.

Erklärung zum Datenschutz und zur Veröffentlichung der personenbezogenen Daten



Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Formular gemachten Angaben zum Zweck der Antragsbearbeitung gespeichert, maschinell weiterverarbeitet und ggf. an Dritte weitergegeben werden.



Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass der Vorschlag **einschließlich** der personenbezogenen Daten (Seite 1 und 2 des Vorschlagsformulars, Name des Verantwortlichen im Dateinamen) auf den Internetseiten des DIMDI veröffentlicht wird.

Bei Fragen zum Datenschutz wenden Sie sich bitte an den Datenschutzbeauftragten des DIMDI, den Sie unter dsb@dimdi.de erreichen.

Pflichtangaben sind mit einem * markiert.

1. Verantwortlich für den Inhalt des Vorschlags

Organisation *	Verband der Universitätsklinik Deutschland e.V.
Offizielles Kürzel der Organisation (sofern vorhanden)	VUD
Internetadresse der Organisation (sofern vorhanden)	www.uniklinika.de
Anrede (inkl. Titel) *	Frau
Name *	Preute-Hilbeck
Vorname *	Evelyn
Straße *	Hoppe-Seyler-Straße 6
PLZ *	72076
Ort *	Tübingen
E-Mail *	Evelyn.Preute-Hilbeck@med.uni-tuebingen.de
Telefon *	07071 29-80118

2. Ansprechpartner (wenn nicht mit 1. identisch)

Organisation	Verband der Universitätsklinik Deutschland e.V.
Offizielles Kürzel der Organisation (sofern vorhanden)	VUD
Internetadresse der Organisation (sofern vorhanden)	www.uniklinika.de
Anrede (inkl. Titel)	Herr
Name	Fark
Vorname	Marcus
Straße	Alt-Moabit 96
PLZ	10559
Ort	Berlin
E-Mail	fark@uniklinika.de
Telefon	+49 (30) 3940517-12

Bitte beachten Sie: Wenn Sie damit einverstanden sind, dass die Seiten 1 und 2 mitveröffentlicht werden, setzen Sie bitte das entsprechende Häkchen auf Seite 1. Sollten Sie nicht damit einverstanden sein, wird der Vorschlag ab Seite 3, also ab hier, veröffentlicht.

3. Prägnante Kurzbeschreibung Ihres Vorschlags (max. 85 Zeichen inkl. Leerzeichen) *

Neuer OPS Schlüssel für die geschützte Unterbringung eines Kindes/Jugendlichen

4. Mit welchen Fachverbänden ist Ihr Vorschlag abgestimmt? *

(siehe Hinweise am Anfang des Formulars)

☐

Dem Antragsteller liegen schriftliche Erklärungen über die Unterstützung des Antrags seitens der folgenden Fachverbände vor. Sie werden dem DIMDI zusammen mit dem Vorschlag übersendet.

5. Inhaltliche Beschreibung des Vorschlags *

(inkl. Vorschlag für (neue) Schlüsselnummern, Inklusiva, Exklusiva, Texte und Klassifikationsstruktur; bitte geben Sie ggf. auch Synonyme und/oder Neuuzuordnungen für das Alphabetische Verzeichnis an)

Neuer OPS Schlüssel für die geschützte Unterbringung eines Kindes/Jugendlichen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie

OPS 9-986 Psychiatrische und/oder psychotherapeutische Diagnostik und Behandlung eines gerichtlich untergebrachten Kindes- oder Jugendlichen

9-986 Psychiatrische und/oder psychotherapeutische Diagnostik und Behandlung eines gerichtlich untergebrachten Kindes- oder Jugendlichen

Hinweise: Es muss zwingend ein Unterbringungsbeschluss des zuständigen Gerichts nach §1631b BGB vorliegen. Der erhöhte Aufwand für Kinder und Jugendliche, die gerichtlich untergebracht sind, oder für die Phase des Aufenthaltes, in der diese Patienten untergebracht sind, wird bisher nicht abgebildet und konnte deshalb bislang nicht als Kostentrenner identifiziert werden. Bei Erfassung dieses Merkmals wäre eine Identifikation als potenzieller Kostentrenner – evtl. möglicherweise nur für einzelne Diagnosegruppen – zukünftig möglich. Es besteht besonders bei den Kindern/Jugendlichen ein enorm gesteigerter Aufwand in der Beratung und Begleitung der Eltern und der Richter.

Der Beginn und das Ende der Unterbringung sind gesondert zu codieren:

9-986.0 Beginn einer gerichtlich genehmigten Unterbringung

9-986.1 Ende einer gerichtlich genehmigten Unterbringung und/oder Behandlungsende

6. Problembeschreibung und Begründung des Vorschlags

a. Problembeschreibung *

Gerichtlich untergebrachte Patienten haben in aller Regel einen deutlich erhöhten Behandlungsaufwand, da sie in aller Regel schwer bis sehr schwer erkrankt sind und/oder sich in einer akuten unbedingt diagnostik- bzw. behandlungsbedürftigen Situation befinden. Aus diesem Grund sind neben erhöhten Regel-Therapieaufwand auch ein erhöhter Aufwand durch intensivere Dokumentation und Korrespondenz mit Vertretern der verschiedenen Ebenen der Justiz (Betreuer, Verfahrenspfleger, Notar, verschiedene Gerichtsebenen) und ggf. Aufwand durch Zwangstherapiemaßnahmen vorhanden. Besonders die Eltern müssen eng betreut werden. Bislang wird dieser Aufwand im OPS-Katalog und nachfolgend im PEPP-System nicht abgebildet.

b. I
nwi
ewe
t ist
der
Vor
schl
ag
für
die
Weit
eren

twicklung der Entgeltsysteme relevant? *

sachgerechtere Abbildung der entsprechenden Kosten

c. Verbreitung des Verfahrens *

- ☐ Standard
 ☐ Etabliert
 ☐ In der Evaluation

☐ Experimentell
 ☐ Unbekannt

d. Kosten (ggf. geschätzt) des Verfahrens *

§ 1631b BGB - Mit Freiheitsentziehung verbundene Unterbringung

Eine Unterbringung des Kindes, die mit Freiheitsentziehung verbunden ist, bedarf der Genehmigung des Familiengerichts. Die Unterbringung ist zulässig, wenn sie zum Wohl des Kindes, insbesondere zur Abwendung einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung, erforderlich ist und der Gefahr nicht auf andere Weise, auch nicht durch andere öffentliche Hilfen, begegnet werden kann. Ohne die Genehmigung ist die Unterbringung nur zulässig, wenn mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist; die Genehmigung ist unverzüglich nachzuholen.

Mehrkosten entstehen durch das Erstellen des Antrages auf Unterbringung, Beiwohnen der Unterbringung und der Antragstellung auf Aufhebung der Unterbringung.

Es bestehen Mehraufwände für entsprechende Vorhaltekosten der speziellen Einrichtung für Unterbringungen.

Es dient der sachgerechten Abbildung der entsprechenden Kosten für Kalkulationshäuser und dient damit der Weiterentwicklung des Entgeltsystems.

e. Fallzahl (ggf. geschätzt), bei der das Verfahren zur Anwendung kommt *

f. Kostenunterschiede (ggf. geschätzt) zu bestehenden, vergleichbaren Verfahren (Schlüsselnummern) *

g. Inwieweit ist der Vorschlag für die Weiterentwicklung der externen Qualitätssicherung relevant? *

(Vorschläge, die die externe Qualitätssicherung betreffen, sollten mit der dafür zuständigen Organisation abgestimmt werden.)

Kliniken, die für die Versorgung von Patienten mit gerichtlicher Unterbringung in Frage kommen, müssen spezielle Kriterien der Sicherungsmaßnahmen erfüllen. Dies ist mit besonderen Kosten und Qualitätsansprüchen verbunden.

7. Sonstiges

(z.B. Kommentare, Anregungen)